

Herr
Regierungsrat Peter Hegglin
Finanzdirektion
Baarerstrasse 53
6300 Zug

Zug, 9. September 2015

**Entlastungsprogramm 2015 bis 2018, Paket 2: Rahmenbeschluss für
Gesetzesänderungen; Verwaltungsexterne Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Hegglin

Im Namen und im Auftrag des Gewerbeverbandes danken wir Ihnen für die Vernehmlassungsmöglichkeit in obgenannter Angelegenheit. Gerne macht der Gewerbeverband davon innert Frist Gebrauch.

Bei der Festlegung der Entlastungsmassnahmen sind aus Sicht des Gewerbeverbandes die folgenden Grundsätze einzuhalten:

- markante Einsparungen zwingend;
- jedoch nicht über den Weg von Gebühren- und Steuererhöhungen, die die Vorteile des Standortes Zug weiter schmälern und die bereits arg gebeutelte Wirtschaft belasten; der Gewerbeverband lehnt auch verdeckte Erhöhungen von staatlichen Einnahmen ab.

Leider werden im Entlastungsprogramm, Paket 2, mehrfach solche, zu unterlassenden Massnahmen vorgeschlagen. An Stelle von diesen und um effektiv markante Einsparungen zu erzielen, kommt der Kanton nicht darum herum, auch beim Personal anzusetzen. Zu prüfen sind z.B. die mögliche Reduktion von Sozialversicherungsleistungen, wie die Senkung des Kantonsbeitrages in die Pensionskasse oder der Leistungen bei Krankheit etc. (vgl. die in der Privatwirtschaft getroffenen Massnahmen), sowie die Verlagerung von Verwaltungseinheiten in die Privatwirtschaft, namentlich die Verkleinerung des kantonalen Werkhofes und Mandatierung von Privaten mit dieser Aufgabe etc.

Im Weiteren ist der Rotstift bei den Personalstelleneinheiten anzusetzen; zumal der Kanton im interkantonalen Vergleich über überdurchschnittlich viele Personalstellen verfügt. Angesetzt werden soll in den Bereichen, in denen es der Verwaltungskunde möglichst nicht zu spüren bekommt. Dass beim Verwaltungspersonal grosses Einsparpotenzial besteht, belegt eine neue Studie, aus der hervorgeht, dass in jüngster Zeit die Zahl der Personalstellen in der Verwaltung

6x mehr gewachsen ist als in der Privatwirtschaft. Zwar verringern Einsparungen, wie z.B. im Zusammenhang mit dem Verzicht auf Abgabe von REKA-Checks an Mitarbeitende, die Ausgaben. Wirklich ins Gewicht fällt jedoch eine Reduktion der Personalstelleneinheiten, weshalb leider auch dieser Weg ins Massnahmenpaket Eingang finden muss.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung des Einsparpotenzials in der Verwaltung sind auch die Prozessabläufe kritisch zu hinterfragen.

Der Gewerbeverband erwartet, dass diese unpopulären Massnahmen jetzt angegangen werden. Ohne diese werden die notwendigen Einsparungen nicht erzielt werden.

Besten Dank.

Freundliche Grüsse



Kurt Erni
Präsident



RA Irène Castell-Bachmann
Sekretär



Hauptsponsoren

